



Gruppe im Kreistag Göttingen

Göttingen, den 09.09.2015

Dringlichkeitsantrag

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge empfehlen, der Kreisausschuss möge beschließen:

Sofortprogramm für Flüchtlinge im Landkreis Göttingen zur Umsetzung der Willkommenskultur für Flüchtlinge durch den Aufbau eines Freiwilligenmanagements

Im Rahmen des Sofortprogramms für Flüchtlinge des Landkreises soll ein professionelles Freiwilligenmanagement für Flüchtlinge und Ehrenamtliche aufgebaut werden, die von der Kreisverwaltung koordiniert wird. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage so zusammen zu bringen, dass ein Höchstmaß an Hilfen bei den Menschen ankommt.

Zur besseren Ansprechbarkeit wird ein dauerhaft besetztes Bürgertelefon eingerichtet. Eine weitere Aufgabe wäre eine möglichst interaktiv aufgebaute Homepage, die Informationen bereithält aber auch interessierte Freiwillige verbindlich anspricht.

Das Freiwilligenmanagement soll für alle Gemeinden im Landkreis zuständig sein, muss daher auch vor Ort die Unterstützungsstrukturen pflegen.

Ergänzt wird das Sofortprogramm durch den verstärkten Einsatz von Kulturdolmetschern, Dolmetschern und Integrationslotsen. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der entstehende Aufwand erstattet werden kann (u.a. Fahrtkosten).

Die bestehende Sozialarbeit für Flüchtlinge wird im Landkreis Göttingen weiterhin durch den Kirchenkreis Hann. Münden (Altkreis Hann. Münden), durch die Caritas (Altkreis Duderstadt) und durch das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen wahrgenommen. Die Stellen werden entsprechend der Entwicklung der Flüchtlingszahlen angepasst.

Sie sollen bei ihrer Arbeit durch das Freiwilligenmanagement aktiv unterstützt werden.

Das Sofortprogramm soll die bereits bestehenden Angebote bündeln, ergänzen und fördern. Eine abgestimmte Zusammenarbeit mit allen Akteuren und der Stadt Göttingen ist anzustreben.

Das ehrenamtliche Engagement darf nicht die notwendige professionelle Arbeit mit und für die Flüchtlinge ersetzen, sondern erweitert sie um das große Potential des bürgerschaftlichen Engagements, ohne das umfassende Hilfen nicht möglich wären.

Begründung:

Der Landkreis Göttingen hat mit seinem Handlungsleitfaden für die Integration von Flüchtlingen aus Juni 2015 die Grundzüge des Handelns des Landkreises Göttingen festgelegt. Im Landkreis Göttingen sind derzeit 354 Flüchtlinge untergebracht. Hiervon sind die zurzeit 4.800 Flüchtlinge zu unterscheiden, die im Erstaufnahmelager Friedland und seinen Nebenstellen untergebracht sind.

Dieses Sofortprogrammes richtet sich besonders auf eine gute Aufnahme der neuen Flüchtlinge, die nächstes Jahr im Rahmen der quotenmäßigen Verteilung verstärkt in den Landkreis kommen werden. Ab sofort sind noch 170 Personen unterzubringen.

Diese Menschen müssen in Wohnungen, wenn möglich dezentral, untergebracht werden. Nach Sicherstellung der Grundbedürfnisse wie wohnen und essen sollen sie deutsch erlernen. Bei Bildung, Arbeit und Teilhabe sollen sie von Anfang an von ehrenamtlichen Ansprechpartnern unterstützt werden. So können die Angebote an Sprachkursen, Integrationskursen und schulischer und beruflicher Teilhabe besser wahrnehmen werden.

Ziel des professionellen Freiwilligenmanagement ist es, dass die Flüchtlinge bzw. die Familien Unterstützung bekommen, damit sie gemäß unserem beschlossenen Handlungsleitfaden betreut werden. Auch wird die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern/Einrichtungen wie Jugendamt, Ausländerbehörde, KVHS, GAB, Job-Center, Agentur für Arbeit, Schulen, Kitas stark verbessert.

Der Landkreis Göttingen übernimmt die Personal- und Sachkosten und versucht den Aufwand gegenüber Land und Bund geltend zu machen.

Der Landkreis Göttingen sieht durch den Zuzug von Flüchtlingen im ländlichen Raum eine große Chance diesen zu stärken und neue Potentiale zu entwickeln.

Dieses hat aber nur dann eine nachhaltige Chance, wenn es gelingt Strukturen zu entwickeln, die die Mobilität im ländlichen Raum so gestalten, dass sie bei der Arbeitssuche und Teilhabe nicht hinderlich sind. Hierbei ist besonders der ÖPNV gefordert, der z.B. über Taktung oder Boni mitwirken müsste.

Eine erfolgreiche Integration wird in den Gemeinden aber nur dann gelingen, wenn die neuen BewohnerInnen vor Ort durch die ehrenamtlichen Patenschaften, durch die Gemeinde, die Vereine und/oder Nachbarn begleitet werden.

Diese in vielen Gemeinden bereits vorhandene ehrenamtliche Infrastruktur soll durch das Freiwilligenmanagement koordiniert, unterstützt und gefördert werden.

Dieses Angebot entlässt den Bund und das Land aber nicht aus ihrer Verantwortung. Es stellt sicher, dass wir vor Ort handlungsfähig sind und bleiben werden.

Reinhard Dierkes
Vorsitzender SPD-Fraktion

Martin Worbes
Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen